

senschaftliche und eine erziehungswissenschaftliche Fakultät umfassen; als vierte Fakultät war bisher die Katholisch-Theologische vorgesehen. Derzeit besteht als Keimzelle der Universität schon ein kultur- und sozialwissenschaftliches Graduiertenkolleg. Die ersten regulären Studenten werden sich 1999 oder 2000 immatrikulieren.

Die Professoren des Philosophisch-Theologischen Studiums, die ostdeutschen Bischöfe als dessen Träger und die Bischofskonferenz sahen bzw. sehen in einer Integration dieser Einrichtung als Fakultät in die Universität eine besondere Chance, die Theologie in einem weitgehend entchristlichten und religionslosen Umfeld als Gesprächspartner im Konzert anderer Wissenschaften zu profilieren. Auch von universitärer und staatlicher Seite erhoffte bzw. erhofft man sich von der Schaffung einer Katholisch-Theologischen Fakultät an der als insgesamt als Reformuniversität konzipierten Uni Erfurt wichtige Anstöße für die Entwicklung der geistigen Landschaft in den neuen Bundesländern.

Jetzt soll es statt Integration *Kooperation* zwischen dem Philosophisch-Theologischen Studium und der Universität Erfurt geben. So sieht es der Brief aus Rom vor: Erhebung des Studiums zu einer Kirchlichen Theologischen Fakultät (wie in Westdeutschland Paderborn und Trier) mit der Möglichkeit der Lehrerausbildung in Zusammenarbeit mit der Universität. Es ist immer wieder vom „Trierer Modell“ die Rede, das jetzt für Erfurt maßgeblich sein sollte. In Trier wurde die schon länger bestehende Theologische Fakultät nach Gründung der dortigen Universität nicht integriert, sondern behielt ihre Rechtsform bei.

Wie sich die vermutlich nicht leichten Kooperationsverhandlungen in Erfurt gestalten, bleibt abzuwarten. Sicher ist allerdings, daß den ostdeutschen Trägerdiözesen bzw. den deutschen Bischöfen insgesamt die Last der Finanzierung des Philosophisch-Theologischen Studiums bleibt, die ihnen bei der Schaffung einer Katholisch-Theologischen Fakultät abgenommen worden

wäre. Damit hängt über dem jetzt allseits bejahten und als erhaltungswürdig bezeichneten Theologiestandort Erfurt in Zukunft das Damoklesschwert finanzieller Unwägbarkeiten bei den kirchlichen Haushalten.

Sowohl vom Freistaat Thüringen wie von der Universität Erfurt war in ersten Reaktionen auf das vatikanische Votum gegen eine Theologische Fakultät zu hören, die Tür für eine solche bleibe von ihnen aus offen. Wahrscheinlich

wird es auch nochmals Vorstöße in der Sache geben, die allerdings kaum Erfolgchancen haben dürften. Natürlich hängen Qualität und Gesprächsoffenheit von Theologie nicht allein davon ab, ob sie an einer staatlichen Fakultät oder direkt unter dem kirchlichen Dach betrieben wird. Aber eine Kirche, die gerade unter den Bedingungen der neuen Bundesländer vor einer Präsenz in der Universität zurückscheut, hat eine Chance verspielt. U. R.

## Deutschland: Bericht zur Lebenssituation von Kindern

*Der Zehnte Kinder- und Jugendbericht hat die Kinderarmut in Deutschland als ein ebenso gravierendes wie zu wenig im öffentlichen Bewußtsein präsent Problem beschrieben und damit eine heftige Debatte ausgelöst. Zum ersten Mal konzentriert sich die Sachverständigenkommission in ihrem Bericht ausschließlich auf die Lebenssituation von Jungen und Mädchen unter 14 Jahren.*

Schon vor seiner Veröffentlichung hatte dieses Mal der Kinder- und Jugendbericht Wellen geschlagen. Der amtierenden Familienministerin und damit offiziellen Auftraggeberin der siebenköpfigen Sachverständigengruppe, *Claudia Nolte*, wurde unterstellt, sie wolle den Bericht wegen allzu deutlicher Kritik an der Bundesregierung bis nach der Bundestagswahl unter Verschuß halten. In dem Bericht heißt es unter anderem: „Wir halten es für einen Skandal, daß der materielle Spielraum der Familie und damit ihre sozialisatorische und erzieherische Kraft in den 80er und 90er Jahren durch sämtliche Reformen des Einkommens- und Steuersystems eingengt statt erweitert wurde.“

Erst recht aber kam es nach der Veröffentlichung Ende August zum Schlagabtausch zwischen der Ministerin auf der einen Seite, Vertretern der Opposition, von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie dem Vorsitzenden der Sachverständigengruppe, dem Berliner Soziologen *Lothar Krappmann* auf der anderen. Zentraler Streitpunkt war da-

bei die im Kinder- und Jugendbericht verwendete *Armutdefinition*, dem Ansatz bei Sozialhilfebezug und der Definition der Armutsschwelle bei der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens in der Gesamtbevölkerung. Hier lautete der Vorwurf – bei weiter Übereinstimmung mit vielen Aussagen und Empfehlungen des Berichtes –, die Ausführungen zur Kinderarmut stellten eine Verzerrung der real weitaus weniger dramatischen Situation dar; dort warf man der Ministerin „Realitätsverdrängung“ und „Schönfärberei“ vor.

Dabei hat die Sachverständigengruppe für den Kinder- und Jugendbericht unter anderem auch auf die in der Armutsuntersuchung des Deutschen Caritasverbandes verwendete Konzeption zurückgegriffen (vgl. HK, Juni 1993, 278 ff.) und selbst auf die Vielfalt unterschiedlicher Armutdefinition und Meßmethoden hingewiesen: Die „zutreffende“ Zahl für das Maß von Armut unter Kindern und ihren Familien lasse sich nicht ermitteln. Die Sachverständigenkommission geht in ihrem Bericht davon aus, daß 1992

zwölf Prozent der Kinder unter 16 Jahren in Westdeutschland und jedes fünfte Kind in Ostdeutschland in Haushalten leben, deren Einkommen unter der Hälfte des Durchschnitts liegt.

Die Aufregung mag etwas überraschen: Der im Kinder- und Jugendbericht skizzierte Trend einer zunehmend schwieriger werdenden sozio-ökonomischen Situation von Kindern und ihren Familien, die Ablösung des Phänomens „Altersarmut“ durch eine wachsende „Kinderarmut“ ist unter den Schlagworten vom „Armutrisiko Kinder“ und von der „strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber Familien“ schon vielfach beschrieben und in politische Forderungen umgesetzt worden. Die Forderungen, die die Sachverständigen in ihrem Bericht erheben, haben Wohlfahrts- und Familienverbände und nicht zuletzt auch die Kirchen in jüngster Zeit wieder und wieder gestellt (vgl. HK, Juni 1998, 278 ff.): Familien bräuchten gesicherte und vorhersehbare Rahmenbedingungen für ein Leben ohne andauernde Sorge um eine Verschlechterung der familiären Existenzbedingungen, heißt es nun im Kinder- und Jugendbericht, ein grundsätzlicher Wandel in der Sozialpolitik für Kinder und Familie sei erforderlich.

## Heterogene Lebenslagen

Überdies verlangen die Autoren dazu auch einen „horizontalen“ Ausgleich der ökonomischen Lebensbedingungen zwischen denjenigen, die für Kinder sorgen, und denjenigen, die dies nicht tun und nie getan haben. Und in ihrem Resümee fordern die Sachverständigen, Politik für Kinder müsse Querschnittsaufgabe sein, auf alle Politikbereiche bezogen, die durch ihre Entscheidungen die Lebensverhältnisse von Kindern mitgestalten.

Der Bericht konzentriert sich in Analyse und Empfehlungen dabei vor allem auf Auswirkungen der prekären ökonomischen Bedingungen auf die Erziehungssituation, auf die Gesundheit, die

Sozialentwicklung, auf Bildung und Schulleistung, aber auch auf den Zusammenhang zwischen Armut, sozialer Ungleichheit und Kindesvernachlässigung und direkter Gewalt gegen Kinder. „Armut bedeutet für Kinder eine starke Beschränkung ihrer Erfahrungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten.“ Dem Befund, Deutschland habe sich zu einer „kinderfeindlichen Gesellschaft“ entwickelt, schließt sich der Bericht vor dem Hintergrund der Analyse der Lebensbedingungen aber nicht an.

Dabei zeigt er eine große Heterogenität der Lebenssituationen von Kindern, nicht nur was die ökonomischen Bedingungen ihres Aufwachsens betrifft. Zu jeder Themengruppe des Berichtes („Kinder und ihre Beziehungen zu anderen Menschen“, „Kinder mit eigenen Fragen, Antworten und Ausdrucksformen“, „Kinder und ihre Wohnwelt“, „Kinder in der Informationsgesellschaft“, „Kinder in einer pluralen und multikulturellen Gesellschaft“, „Gewalt und Delinquenz“, „Übergänge von Kindern in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen“, sowie „Kinder und ihre Rechte“) werden die Lebenslagen der verschiedenen Teilgruppen gesondert beschrieben und die Unterschiede herausgearbeitet: zwischen Kindern in reichen und armen Familien, zwischen Mädchen und Jungen – gerade im Freizeitverhalten lassen sich hier nach wie vor deutliche Differenzen erkennen –, zwischen Kindern in Deutschland Ost und West.

Besondere Aufmerksamkeit widmen die Sachverständigen dabei der Situation von Kindern in *Zuwandererfamilien*, wobei die Analyse an diesem Punkt ein in mehrfacher Hinsicht eher düsteres Bild ergibt. Grundsätzlich beklagt der Bericht, in der öffentlichen Diskussion und in der Politik werde die gesellschaftliche und kulturelle Dramatik der Lebenssituation der Kinder in Zuwandererfamilien gefährlich unterschätzt. Vor diesem Hintergrund fordert er unter anderem entschieden auch die doppelte Staatsbürgerschaft für diese Gruppe. Besonderes Gewicht legt der Kinder- und Jugendbericht dabei auch auf die Befähigung der „deut-

schen“ Kinder im Einwanderungsland Deutschland: Zu einem Zusammenleben mit Zuwanderern, zu Akzeptanz von Fremdheit, zu Argumentationsbereitschaft und -fähigkeit mit Fremden. Grundsätzlich versucht der Bericht Schwierigkeiten, Gefährdungen und einzelne Problemlagen im heutigen Kinderleben nicht isoliert zu betrachten und von einzelnen Beobachtungen ausgehend, Empfehlungen und Forderungen an die Kinder- und Jugendhilfe weiterzugeben. Es genüge nicht, an Prozentsätzen, Quoten und Haushaltsansätzen zu feilen, auch wenn zahlreiche Empfehlungen des Berichtes solche Forderungen aufstellten.

## Kindheit in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation

Fast schon mit missionarischem Eifer unterstreichen die Sachverständigen, die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Krisen, die das Wohlergehen, Entwicklungs- und Lernbedingungen gefährdeten, seien *Folgen sozialer Wandlungsprozesse*; in den Lebenslagen von Kindern kumulierten eine ganze Fülle von gesellschaftlichen Veränderungen. Kinder- und Jugendforschung, die Politik, Kinder- und Jugendhilfe stünden vor ganz neuen Herausforderungen – eine Umbruchsituation, in der der Handlungsbedarf zum Teil schon erkannt, jedoch vielfach noch nicht realisiert wird.

Fest steht jedoch, daß die Familien mit der Bewältigung der Folgen des gesellschaftlichen Wandels allein überfordert sind. Anschaulich führt dies der Bericht etwa bezüglich der Pluralisierung familialer Lebensverhältnisse oder den Veränderungen bei der Erwerbstätigkeit der Mütter aus. Konkret drängen die Autoren auf eine deutlich verbesserte Abstimmung zwischen Betreuungseinrichtungen, Schule und Arbeitszeiten oder die Verlängerung des Erziehungsurlaubs. Umfassende Reformen seien notwendig, damit Eltern auch für ihre Kinder da sein können. Insgesamt zeigt die Analyse der verschiedenen Bedingungen für Kindheit in unserem Land ein ambivalentes

Bild. Konkret skizziert der Bericht etwa Fluch und Segen, Gefährdung und Förderung der Kindheit, des Aufwachsens und Hineinwachsens in die „Informationsgesellschaft“; Kinder, die aufgrund guter Voraussetzungen und der Fähigkeit zu selbstverantwortlicher Freizeitgestaltung von den neuen Möglichkeiten der Kommunikations- und Informationstechnik profitieren werden, und andere, die sich durch das Medienangebot zu Passivität verleiten lassen oder Opfer des enormen Werbe-drucks werden.

Grundsätzlich läßt der Bericht erkennen, wie sehr das Aufwachsen in einer heterogenen und pluralen Welt den Kindern heute im Verhältnis zu früheren Generationen insgesamt größere Erlebnis-, Entscheidungs- und Handlungsspielräume in ihren Alltagssituationen eröffnet. Kinder werden als Subjekte betrachtet, mit eigenen Gestaltungswünschen für ihre Umwelt; partnerschaftlicher ist das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern geworden. Kinder wüchsen heute beispielsweise in eine *Freizeitwelt* hinein, die ihnen vielfältige Möglichkeiten und Chancen eröffnen, die Anforderungen der modernen Gesellschaft zu erlernen. In immer jüngeren Jahren werde den Kindern Entscheidungsfähigkeit und Selbständigkeit zugestanden, ermöglicht, auf der anderen Seite aber auch

von ihnen gefordert. Nicht die Modernisierung der Kindheit als solche, das Maß an Heterogenität und Pluralität in der Gesellschaft seien ein Problem für Kinder. Ein Teil von ihnen vermöge sehr gut mit den veränderten Bedingungen umzugehen. Die Probleme entstünden dann, so ein Fazit des Berichtes, wenn die Lebenslage und die Sozialisationsbedingungen von Kindern die Bildung einer „modernen“ Persönlichkeit behinderten.

### Eine neue „Kultur des Aufwachsens“

Die unterschiedlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen müßten die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen, um Flexibilität, Kreativität und Entscheidungsfähigkeit zu fördern; die Familien allein könnten dies nicht leisten. Unter anderem widmet der Bericht dabei auch eine knappe Passage den religiösen Fragen von Kindern und der Dringlichkeit einer moralfördernden Erziehung; Betreuungseinrichtungen, Schulen und Jugendverbandsarbeit werden aufgefordert, Angebote zur Auseinandersetzung und Klärung von Sinnfragen und Werthaltungen zu bieten.

In ihrem Resümee der Analyse der Le-

benssituation der (1995) 12,3 Millionen Kinder und eine Fülle von Einzelempfehlungen und Forderungen an die Politik, an Kinder- und Jugendhilfe fordern die Sachverständigen die Schaffung einer neuen „Kultur des Aufwachsens“ in Deutschland. Die Welt von Kindern und Eltern sei nicht mit einigen Nachbesserungen an bestehenden Regelungen und zusätzlichen finanziellen Mitteln in Ordnung zu bringen, „sondern indem Sinn, Handlungsmöglichkeiten, Beziehungen und Ausdrucksformen in ein stimmiges Verhältnis gebracht werden“.

Obwohl viele einzelne Empfehlungen vorgelegt worden seien, von denen einige Verbesserungen problematischer Verhältnisse erhofft werden dürften, „können wir dennoch nicht glauben, daß diese Maßnahmen bedenkliche Erscheinungen und Trends beseitigen werden, solange sie nicht als Elemente einer Bewegung zu verstehen sind, die den Bedürfnissen von Kindern grundsätzlich einen gewichtigeren Platz im gesellschaftlichen Leben einräumt. Ohne die Stärkung einer Kultur des Aufwachsens, die dafür sorgt, daß Kinder und die Aufgabe, für sie zu sorgen und ihnen Begleiter in ihrer Entwicklung zu sein, als eine primäre gesellschaftliche Verpflichtung gelten, werden viele Maßnahmen ihre volle Wirksamkeit nicht entfalten können.“

A. F.

## Katharsis oder Therapie?

### Der Versöhnungsprozeß in Südafrika ist schmerzhaft

*Das Erschrecken über die Verbrechen der Vergangenheit und die Hoffnung auf Aus-söhnung kennzeichnen derzeit die Situation in Südafrika. Der folgende Beitrag berichtet über Entstehung, Arbeit und Ergebnisse der „Kommission für Wahrheitsfindung und Versöhnung“, deren öffentliche Anhörungen im Juli endeten. Besonders die großen Parteien und die Kirchen haben sich mit einem Bekenntnis schwergetan.*

Viele haben es schon fast vergessen: Erst im nächsten Jahr wird der Übergang vom Apartheid-Staat zu einem demokratischen System in Südafrika abgeschlossen sein. Die Wahlen in der ersten Hälfte 1999 stellen nämlich das Finale des Übergangsprozesses dar, der vor fünf Jahren ausgehandelt wurde, in der Hauptsache zwischen der damals regierenden

Nationalen Partei (NP) und dem Afrikanischen Nationalen Kongreß (ANC), der aus den ersten Wahlen 1994 als eindeutiger Sieger hervorging. Manche Beobachter waren nicht davon überzeugt, daß das neue Südafrika eine wirkliche Überlebenschance haben würde.

Allen Unkenruf zum Trotz ist längst politische Normalität in